Thurgauer Akzente

Aktuelles der Evangelischen Volkspartei Nr. 47 / November 2026

Inhalt

Schwerpunkt
Fairness statt Heiratsstrafe S. 1

Leitartikel
Nationalrat Marc Jost an der Bundesfeier in Arbon S. 2

Thurgauer Politik
Gegen Antisemitismus S. 3
Christian Stricker in den Stadtrat von Amriswil S. 5

Eidgenössische Politik
AHV Zusatzfinanzierung S. 4
Feuerwerksverbot S. 4
Kriegsmaterialgesetz S. 4

Wirtschaft
Wie bleibt Schweiz erfolgreich S. 6

Parolen EVP CH

Zusatzfinanzierung AHV: JA
Feuerwerksverbot: JA
Kriegsmaterialgesetz: NEIN

AZB
9320 Arbon

Post CH AG

Fairness statt Heiratsstrafe

Am 29. November 2026 stimmen wir über die Fairness-Initiative ab. Diese schafft die Heiratsstrafe ab, ohne neue Ungerechtigkeiten und mit weniger Bürokratie als die eben beschlossene Individualbesteuerung.

Bereits im März 2024 reichten EVP und Mitte die Fairness-Initiative ein. Sie hätte die ungerechte Besteuerung von Ehepaaren ohne viel Aufwand lösen können. Leider verzögerten Bundesrat und Parlamentsmehrheit diese Initiative, lehnten sie mit 102/97 bzw. 24/20 Stimmen knapp ab und brachten im März 26 nur die Individualbesteuerung an die Urne. Diese wurde, weil keine andere Wahl bestand, angenommen. Schade! Immerhin wird diese Wahlmöglichkeit am 29. November nachgeholt. Da kannst du der Fairness-Initiative zustimmen. Bitte mache das.

Im Detail

Ehepaare bezahlen mehr Steuern als Konkubinatspaare, sobald beide einen Lohn beziehen. Da beide Löhne zusammengezählt werden, resultiert eine höhere Progression. Gegen diese Ungerechtigkeit reichten die FDP-Frauen im Jahr 2022 die Steuergerechtigkeits-Initiative ein. Der Bundesrat erarbeitete dazu einen indirekten Gegenvorschlag, welcher zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung führte. Diesem stimmten National- und Ständerat nur sehr knapp zu (NR 101/93, SR 22/21).

In vielen Kantonen und der Bevölkerung regte sich Widerstand gegen die Individualbesteuerung, die bis 2032 eingeführt werden soll. Im Thurgau befürchtete der Grosse Rat ein «Bürokratiemonster» und höhere Steuern für Einverdiener-Familien. 10 Kantone, auch der Thurgau, ergriffen daher das Kantonsreferendum und drei Parteien (Die Mitte, EVP und SVP) das Volksreferendum. Am 8.3.2026 kam es zur Abstimmung. Leider nahm das Volk die Individualbesteuerung mit 54,7% Ja an. Der Thurgau hingegen lehnte sie mit 60% Nein ab.

Foto: Jörnpi Denoth

Die Besonderheit der Fairness-Initiative

Die Fairness-Initiative überzeugt gegenüber der Individualbesteuerung vor allem wegen der sogenannten Schattenrechnung. In diesem Modell werden für Ehepaare zwei alternative Rechnungen gemacht, einmal als Ehepaar, einmal mit den Tarifen für Unverheiratete. Dem Paar wird dann der niedrigere der beiden Steuerbeträge in Rechnung gestellt.

Vergleich:
Fairness-Initiative // Individualbesteuerung

Steuerformulare:
1 pro Ehepaar // 2 pro Ehepaar

Geltungsbereich:
Nur Bund, der Kanton kann selber bestimmen // alle 3 Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinde)

Bürokratieaufwand:
Schattenrechnung ergibt wenig Aufwand // «Bürokratiemonster» für die Kantone

Aufwand Steuerpflichtige:
Wie bisher // 2 Formulare; Vermögen und Besitz der Eheleute muss aufgeteilt werden

Wer profitiert:
Dank Schattenrechnung alle Ehepaare // vor allem die Doppelverdiener mit hohem Lohn

Wer verliert:
Unverheiratete mit hohem Lohn // Ehepaare mit nur einem Lohn oder sehr kleinem Zweitlohn (Familien mit Kindern, Betreuung von Eltern etc.)

Gesellschaftlicher Vorteil:
Kinderbetreuung statt Berufsarbeit wird nicht benachteiligt // Erwerbsanreiz für Zweitverdienende

Abstimmungsempfehlung

Die **EVP Schweiz** und **EVP Thurgau** fassten EINSTIMMIG die **Ja-Parole.** Wir danken dir herzlich, wenn auch du Ja stimmst.

regula.streckeisen@evp-thurgau.ch

Editorial

Seid dankbar in allen Dingen

Liebe Leserinnen und Leser

«Seid dankbar in allen Dingen, denn das ist der Wille Gottes in Christus Jesus an euch.»
1. Thessalonicher 5,18

Dieser Vers war das Motto der Arboner Bettagsfeier, welche Politiker und Politikerinnen mit der Kirche zusammen gestalteten. Unser Regierungspräsident Urs Martin hielt dazu eine Rede und meinte, er verstehe darunter nicht, dass er dankbar sein müsse für das Finanzloch unseres Kantons oder für Anfeindungen. Es sei die Aufforderung zu einer dankbaren Lebenshaltung, die selbst im negativ Empfundenen etwas Positives sucht und erkennt. Das helfe Lösungen zu finden und führe schliesslich dazu, dass er sagen könne, er wolle nur das Allerbeste für die Bevölkerung, so wahr ihm Gott helfe.

Dankbarkeit stellt sich nicht automatisch ein. Oft ist ein bewusster Prozess nötig, in welchem wir diese Haltung üben und verteidigen müssen. Dankbar zu bleiben ist wichtig, um eine besonnene und sachliche Politik zu betreiben, in welcher Zuhören und Debattieren gute Lösungen ermöglichen. Dankbarkeit schafft Hoffnung, Hoffnung Vertrauen und Vertrauen Mut und eine starke Gemeinschaft. Das ist in der aktuellen Situation rund um unsere Neutralität und die Bilateralen Verträge besonders wichtig. Wir brauchen eine mutige und klare Sicht auf das, was jetzt dran ist. Schliesslich bin ich auch froh darüber, dass ich bei Entscheidungen Gott jederzeit um Führung und Weisheit bitten kann.

Die Geschichte zeigt, dass es sich lohnt, sich an die Anweisungen Gottes zu halten.

Judith Huber, Co-Redaktorin, judith.huber@evp-thurgau.ch

Leitartikel

Nationalrat Marc Jost an der Bundesfeier in Arbon

Die Arboner Bundesfeier fand am 31. Juli 2026 am See statt. Zu diesem Anlass hielt Nationalrat Marc Jost die Festrede.

Marc Jost hatte erst kürzlich die Gelegenheit, unsere direkten Nachbarn zu besuchen und erlebte mit deren Abgeordneten, wie unglaublich hoch das Ansehen der Schweiz bei ihnen ist. Die Menschen in diesen Nachbarländern schätzen folgendes an uns, was uns so selbstverständlich ist: Unsere politische Stabilität und Verlässlichkeit, unsere direkte Demokratie, in der am Ende nicht Parteien oder Eliten entscheiden, sondern das Volk das letzte Wort hat und unsere Kultur des Kompromisses, wo um tragfähige Lösungen für alle gerungen wird. Und wir haben Frieden und Wohlstand in unserem Land – von früheren Generationen aufgebaut und uns anvertraut. Daraus erwachsen echte Dankbarkeit und die Verantwortung, dafür Sorge zu tragen. Das macht Marc Jost an drei Bereichen fest:

1. Sorge zu tragen zu unserer Natur und unseren Lebengrundlagen

Sorge tragen heisst hier konkret: Wie sichern wir unsere Lebensgrundlagen für die nächsten Generationen? Im Bundeshaus debattieren wir intensiv über die Energiewende und die Versorgungssicherheit. Wie schaffen wir es, genügend Strom aus erneuerbaren Quellen zu produzieren, ohne dabei unsere wunderschönen Landschaften zu zerstören? Das ist keine theoretische Frage. Auch hier im Thurgau geht es um den Ausbau von Solarstrom auf Hallendächern, um Wärmenetze aus dem Seewasser oder um die Frage, wie die Landwirtschaft trotz extremerer Wetterlagen ertragreich bleibt. Sorge tragen heisst, Vorsorge zu treffen, bevor die Krise da ist.

2. Sorge zu tragen zu unseren nachbarschaftlichen Beziehungen

Hier in Arbon erlebt man täglich, was gute Nachbarschaft bedeutet. Der Austausch über den See gehört zur DNA dieser Region. Aber auf nationaler Ebene stehen wir vor grossen Fragen: Wie gestalten wir unsere Beziehungen zu unserer wichtigsten Handelspartnerin, der Europäischen Union?

In der Bundespolitik erleben wir oftmals diese zwei Extreme: Die einen fordern die totale Abschottung aus Angst vor Kontrollverlust, die anderen würden am liebsten sofort beitreten. Ich bin überzeugt: Beide Extrempositionen werden der Schweiz nicht gerecht. Was wir brauchen, ist Schweizer Pragmatismus. Wir müssen unsere Verträge mit der EU – die Bilateralen – sichern und auf ein solides Fundament stellen, damit unsere KMUs im Thurgau ihre Produkte ohne Hürden exportieren können. Aber wir müssen gleichzeitig unsere rote Linie halten, wo es um unsere direkte Demokratie und den Lohnschutz geht. Sorge tragen heisst: Gute Nachbarschaft pflegen, ohne die eigene Identität aufzugeben.

Foto: Doris Günter

3. Sorge zu tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und Mut zur Innovation.

Als Nationalrat erlebe ich im Bundeshaus oft hitzige Debatten. Aber das Schweizer Erfolgsgeheimnis war noch nie das laute Schreien auf den Rängen. Unser Erfolgsgeheimnis war immer, dass man nach der Debatte zusammen einen Kaffee, ein Bier oder einen Saft trinken geht, sich in die Augen schaut und fragt: «Wo ist die Brücke, die wir gemeinsam bauen können? Einen Kompromiss eben.»

Ob im Schulrat, im Vereinsleben hier in Arbon, am Stammtisch oder im Eidgenössischen Parlament: Lasst uns Sorge tragen zu dieser Kultur des gegenseitigen Respekts.

Zum Schluss wünscht uns der Referent: **«Lasst uns diesen 1. August mit Dankbarkeit für das feiern, was uns geschenkt ist, und mit Mut dafür nutzen, gemeinsam Verantwortung für die Zukunft unseres Landes zu übernehmen.»**

Judith Huber, Co-Redaktorin
judith.huber@evp-thurgau.ch

Eidgenössische Politik

Was die Schweizer Aussenpolitik von Nokia lernen kann

Erinnerst du dich an dein altes Nokia-Handy? Ich glaube, wir hatten alle mal eines. Die finnische Firma war im Jahr 2000 weltführend. Aber das ist Geschichte. Was ist passiert?

Die Geschichte von Nokia

- Nokia setzte auf zu viele parallele Wege: verschiedene Softwarepakete schienen wichtiger als rechtzeitig eine starke Plattform aufzubauen.
- Das Betriebssystem war für klassische Mobiltelefone erfolgreich, wurde aber zunehmend komplex und fragmentiert.
- 2011 setzte Nokia auf Windows Phone. Damit band es sich an ein Ökosystem, welches sich als Plattform nicht durchsetzen konnte.

Die Lehre aus dem Fall: Nokia hatte auf den Erfolg eines gesamten Ökosystems gewettet. Aber bei Plattformmärkten kann selbst eine technisch gute Lösung scheitern, wenn zu wenige Nutzer, Entwickler und Partner dahinterstehen.

Zukunft der Bilateralen

Und nun betrachten wir das Öko-System der Bilateralen Verträge. Bis anhin waren sie ebenfalls erfolgreich, sind aber immer komplexer und fragmentierter, genau wie die Nokia Softwarepakete. Aktuell diskutieren die Räte die Bilateralen III. Wir sind dabei alleine. Uns fehlen die Partner, uns fehlt das Momentum. Als der bilaterale Weg im Jahr 2000 begann, ging es der Schweiz prächtig: Wir hatten eine Fluggesellschaft, zwei Bankengiganten, ein BIP-Wachstum von 3,4%, boomende Schlüsselbranchen und null Probleme bei Währungskurs und Export.

Was seit dann passierte? Eine Bank ging hops, unsere Fluglinie gehört den Deutschen, das BIP stagnierte knapp über 1 Prozent und Regulierungen beschränken den Export. Wer dennoch mutig vorwärts schaut, kriegt eins aufs Dach durch Zölle und starken Franken. Trotzdem setzen wir getrost auf das bilaterale Vertragsgeflecht und meinen, dass unser 9-Millionen-Land einen relativ gleichwertigen Partner zur EU darstellt. Echt jetzt? Die EU hat 50-mal mehr Einwohner.

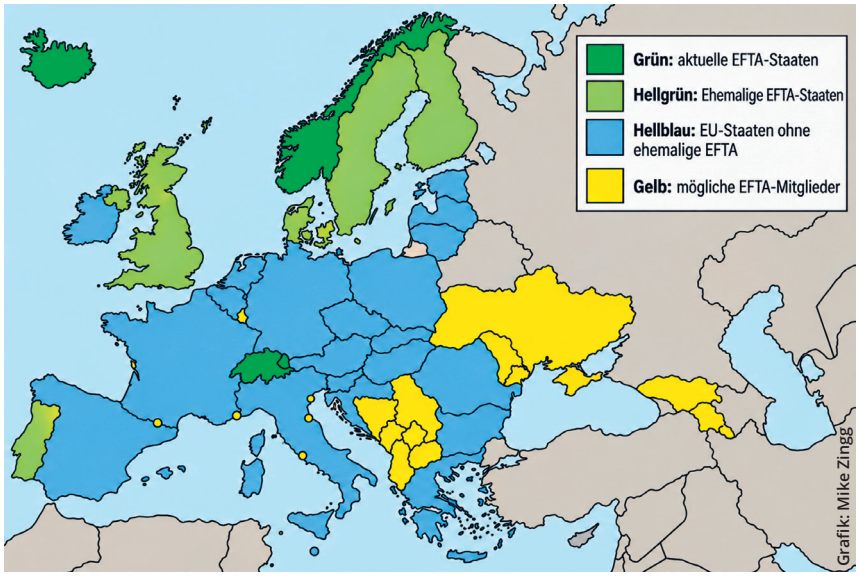
Wir sollten umdenken!

Klar, die Schweiz ist politisch stabil, wirtschaftlich stark und geniesst Vertrauen. Wir dürfen stolz und dankbar sein. Aber wir dürfen nicht meinen, dass es dabei bleibt. Wir müssen nach neuen Plattformen Ausschau halten – unbedingt und dringend. Ich weise seit 10 Jahren darauf hin. Warum nur hört niemand zu?

Warum wird die EFTA nicht stärker als Plattform genutzt, um die langfristigen Beziehungen zur EU gemeinsam zu diskutieren? Selbst wenn die konkreten Verträge weiterhin unterschiedlich bleiben? Warum spricht keiner von einer EFTA-Erweiterung durch England oder Staaten des Balkans? Es geht nicht darum, dass alles Freunde sein müssen. Zum Glück ist die EFTA niederschwellig. Sie hat Platz für verschiedene Werte- und Wirtschaftssysteme.

Gesunde Konkurrenz durch EFTA 2.0

Mit einer stärkeren EFTA erhält die Schweiz eine Plattform, die viel mehr erreichen kann, als wir es allein können. Es war das Zusammenspiel von Google mit Samsung, HTC und LG, welches der Android-Technologie zu einem Durchbruch verhalf. Dieses Zusammenspiel mit anderen Ländern muss die Schweiz wieder lernen. In Europa bieten sich fast 20 Nationen an, welche nicht in der EU sind.



Ehemalige, aktuelle, mögliche EFTA-Staaten und EU-Staaten (ohne ehem. EFTA-Staaten)

Zusammen können wir eine wachsende EFTA zu einem gesunden Konkurrenten der EU machen. Denn es gibt kaum ein funktionierendes System, welches nicht auf einer gesunden Konkurrenz beruht. Coop braucht Migros, Messi Ronaldo, Salt Swisscom und die EU eine EFTA, und zwar eine starke EFTA. Sonst werden europäische Länder, die nicht in der EU sind, irgendwann von asiatischen Grossmächten wie China, Saudiarabien oder der Türkei vereinnahmt. Das gilt es zu verhindern. Die Schweiz soll bitte vorangehen.

michael.zingg@evp-thurgau.ch

Veranstaltung

Gegen Antisemitismus...

...und für Zusammenhalt und Verantwortung eintreten.

Workshop und Podium am Mo. 9. Nov. 2026 in Kreuzlingen

Antisemitische Haltungen treten seit dem 7. Oktober 2023 wieder sichtbarer in Erscheinung – in politischen Debatten, sozialen Medien, im öffentlichen Raum und im Alltag. Ablehnung, Ausgrenzung, Diffamierung und gewaltsame Übergriffe führen dazu, dass sich viele jüdische Menschen in Europa nicht mehr sicher fühlen und eine Auswanderung nach Israel erwägen.

Im Thurgau leben vergleichsweise wenige jüdische Bürgerinnen und Bürger. Antisemitische Vorfälle sind nur in geringem Umfang dokumentiert. Das könnte dazu verleiten, Antisemitismus als Problem anderer Regionen wahrzunehmen. Gerade deshalb gilt es, hinzuschauen, bevor Grenzüberschreitungen zum Problem werden.

Als Christen stehen wir in einem besonderen Verhältnis zum Judentum. Uns verbindet der Glaube an den Gott des Alten Bundes. Die Kirchengeschichte war jedoch über Jahrhunderte auch von Antijudaismus, Ausgrenzung und Verfolgung geprägt. Diese Geschichte verpflichtet uns heute zu besonderer Wachsamkeit und Verantwortung.

Die evang. und die kath. Erwachsenenbildung laden nach Kreuzlingen ein ins **Ulrichshaus, Gaissbergstrasse 1.**

«Antisemitismus erkennen – Verantwortung wahrnehmen – wirksam handeln»
14:00 – 16:30 Uhr: Praxisorientierter Workshop

Ahmad Mansour, Psychologe, Autor und Experte für Radikalisierung und Antisemitismus, vermittelt Orientierung und konkrete Handlungsmöglichkeiten.
Weitere Informationen >

«Nicht wegschauen: Antisemitismus in Gesellschaft und Alltag»
19:00 – 20:30 Uhr: Podiumsgespräch

Aktuelle Formen des Antisemitismus, Verantwortung von Politik, Religionsgemeinschaften, Zivilgesellschaft und dem Einzelnen.
Weitere Informationen >

Eidgenössische Abstimmungen

Referendum Kriegsmaterialgesetz oder: Solidarität NEIN, Profit JA

Die bürgerliche Mehrheit im Parlament verabschiedete im Dezember 2025 eine drastische Lockerung der Regeln für den Export und die Wiederausfuhr von Schweizer Waffen. Eine Allianz aus verschiedenen Parteien (auch der EVP) und Nichtregierungsorganisationen ergriff erfolgreich das fakultative Referendum.

Karikatur: J. Schorro, Chat GPT

Noch im Spätsommer flatterte die Friedenstaube allgegenwärtig durch die Landschaft und zu den Briefkästen: «Kein Krieg – JA zur Schweizer Neutralität». Beim genaueren Lesen der Vorlage wurde klar: es geht um einen massiven Abbau von internationaler Solidarität. Kriegstreiber sollen von anderen bekämpft und mit Sanktionen belangt werden, aber nicht von uns. Das natürlich nur so lange, wie wir selber keiner Gefahr ausgesetzt sind; dann aber erwarten wir selbstverständlich Hilfe von der EU und der Nato.

Das angepasste Kriegsmaterialgesetz folgt dieser Logik. Galten bisher strikte Verbote für Ausfuhren an kriegsführende Parteien und eine verpflichtende Nichtwiederausfuhr-Erklärung von belieferten Ländern, sollen diese nun für 25 Staaten wegfallen. Auf Druck der SVP wurde die Ukraine explizit als Empfängerland von der Lockerung ausgeschlossen.

Nationalrat Marc Jost bringt die grossmehrheitliche Nein-Haltung der Delegierten der EVP Schweiz auf den Punkt: **«Die Schweiz ist weltweit für ihre guten Dienste und ihre humanitäre Tradition bekannt. Es ist ein fundamentaler Widerspruch, wenn wir gleichzeitig mit Waffenexporten globale Konflikte anheizen.»**

juerg.schorro@evp-thurgau.ch

AHV Zusatzfinanzierung

...oder: «Manchmal muss man in den sauren Apfel beissen!»

Im Dezember 2026 wird die 13. AHV-Rente erstmals ausbezahlt. Die zusätzlichen Kosten von jährlich 4 – 5 Milliarden Franken sollen ab 2028 durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte wenigstens teilweise gedeckt werden.

Marc Jost, Nationalrat EVP BE meint dazu: **«Die 13. AHV-Rente wurde beschlossen, also müssen wir sie auch finanzieren. Alles andere würde heissen, die Rechnung unseren Kindern und Enkeln zu überlassen.»**

Diesem Argument stimmten die meisten Parlamentarier zu, obwohl SVP und FDP sich deutlich dagegen wehrten. Vor allem aber auch Abgeordnete aus der Westschweiz stimmten zu – zum Teil gegen die Position der eigenen Partei. Somit wurde die Vorlage im Nationalrat mit deutlich mehr als der Hälfte der Stimmen gutgeheissen, beim Ständerat gab es fast eine zwei Drittelmehrheit für den Finanzierungsvorschlag.

Die Delegierten der EVP Schweiz stimmen der Vorlage deutlich zu. (js)

VI «Für eine Einschränkung von Feuerwerk»

Lanciert wurde die Volksinitiative vor allem von Tierschutzorganisationen, da Nutztiere, Wildtiere und Heimtiere vor Lärm geschützt werden sollen.

Die Initiative verlangt ein Verbot von Feuerwerkskörpern, die Lärm erzeugen. Ausnahmebewilligungen können für überregionale Anlässe von den zuständigen Behörden auf Gesuch hin erteilt werden. So verständlich das Anliegen ist und es wenige Argumente für Feuerwerke gibt, ausser man befürworte eine massive Produktion von Feinstaub, Abfall und Krach vor allem an zwei Festtagen im Jahr, wird es die Initiative nicht leicht haben. Kantone und Gemeinden können bereits jetzt Regeln dazu aufstellen und von daher ist die Frage nicht ketzerisch, ob unsere Bundesverfassung noch weiter mit wenig Grundsätzlichem belastet werden sollte. **Bundesrat und Parlament lehnen aus diesen Gründen die Initiative ab, unsere beiden Nationalräte und die Delegierten hingegen unterstützen das Anliegen der Initianten deutlich.** (js)

Kolumne

Aus der Bibel für die Politik

«Im Theater, wo sich das Volk versammelt hatte, herrschte ein unbeschreibliches Durcheinander...»
Apostelgeschichte 19,32

Liebe Leserin, lieber Leser

Das habe ich gelegentlich gedacht und gesagt. Manchmal hat's geholfen, etwas zu entschärfen, zu vertagen, zu merken, wie man selber beteiligt ist und was überhaupt gespielt wird. Nachdem Paulus in Ephesus erfolgreich das Reich Gottes verkündet hatte, organisierten Silberschmiede einen Aufstand, da sie zu Recht um den Verkauf ihrer kleinen Artemistempel fürchteten. Spätestens beim Geschäft hört die Harmlosigkeit vermeintlich frommer Rede auf.

Paulus und seine Begleiter gerieten in eine lebensbedrohliche Lage. Dass sie sich beruhigte, war dem besonnenen Stadtschreiber zu verdanken. Für keine Seite ergriff er Partei, sondern fürs Leben der Bedrohten und verwies auf Gerichtstage und gesetzmässige Versammlungen, wenn man was vorzubringen habe, ansonsten riskiere man selber eine Anklage wegen Aufruhr. Das hat funktioniert.

Um Konflikte überhaupt möglichst gerecht lösen zu können, braucht es eine friedliche Atmosphäre und den Willen, diese auch zu ermöglichen, insbesondere, wenn es ums Geschäft und Leben und Tod geht. Das ist dann schon ein bisschen Reich Gottes und seine Gerechtigkeit. Wer sich in Politik, Gesellschaft, Kirchen unermüdlich dafür einsetzt: Danke!

Nachtrag: Silberschmiede sollen später kleine Kirchen verkauft haben.

Gaby Zimmermann, Theologin, Beraterin kirchliches Umweltmanagement Grüner Güggel, Kesswil

In eigener Sache

Akzente TG zum Letzten

Liebe Leserin, lieber Leser

Zum letzten Mal haben Sie die «Thurgauer Akzente» in den Händen, wie Sie es gewohnt sind. Vermutlich kennen Sie auch die schweizerischen «EVP-AKZENTE» bestens.

Unter der Leitung des Kommunikationsbeauftragten der EVP, Dominic Täubert, wird an einer Zusammenlegung der verschiedenen kantonalen und schweizerischen Zeitungen gearbeitet. Ab 2027 werden Sie ein gemeinsames «EVP-AKZENTE» mit vierseitigem Kantonsteil Thurgau erhalten. Die Reichweite der EVP Schweiz wird damit erhöht, Kosten können gespart werden und Aufwand für Versand, Grafik und Druck werden kleiner. Als Redaktionsteam werden wir entlastet, aber freudig für Sie weiter schreiben.

Ein herzliches Dankeschön gebührt unserem Grafiker, Manuel Häberli, der uns während 18 Jahren fachkompetent und geduldig begleitet hat!

Auf ein baldiges Wiedersehen,
Ihr Redaktionsteam

Impressum

Herausgeber
EVP Kanton Thurgau,
www.evp-thurgau.ch

Redaktionsadresse / Inserate
Judith Huber, 076 204 49 77,
Weiherstr. 6, 9320 Arbon,
judith.huber@evp-thurgau.ch

Redaktionsteam
Judith Huber (jh), Jürg Schorro (js), Regula Streckeisen (rs), Christian Stricker (cs), Michael Zingg (mz)

Abonnement
15 Franken pro Jahr

Bankverbindung
Postkonto 85-1721-8
IBAN CH83 0900 0000 8500 1721 8

Adressänderungen
info@evp-thurgau.ch oder Redaktionsadresse

Auflage
3'500 Exemplare
Geht an die Mitglieder der EVP Thurgau und an Interessierte.

Erscheinungsweise
vierteljährlich

Druck
Brüggli Admedia AG, Romanshorn

Wahlen in Amriswil

Ist es wirklich dran? Stadtratswahlen Amriswil

Kurz bevor ich diese Zeilen schreibe, bekam ich die noch einmal überarbeiteten Werbevideos. Bei Flyer und Plakat will ich nächsten Donnerstag definitiv abdrücken. Und irgendwo zwischen all den Aufgaben will ich Zeit finden, um verschiedenste Leute direkt zu umwerben, damit sie ihre Kontakte nutzen, um für die Stadtratswahlen zu werben.

Mittlerweile bin ich in der Schubphase. Ziel sind die Wahlen von Ende November und allenfalls ein 2. Wahlgang vom Februar. Ich stelle mich zur Verfügung. Zum zweiten Mal. Dabei ist das keine Selbstverständlichkeit. Hinter mir liegen Monate, in denen ich zusammen mit anderen sorgfältig prüfte, ob das wirklich passt. Ausschlaggebend waren vor allem folgende Gründe:

- Ich habe Amriswil gern, bin bestens vernetzt. Hier habe ich während Jahrzehnten in die Jugend investiert. Verkehr und Biodiversität liegen mir am Herzen. Kompetenzen im Bereich Schwammstadt haben plötzlich hohe Priorität bekommen. Es macht Sinn, sich hier einzubringen.
- Ich bin nicht allein. Vor einem knappen Jahr wurde die Ortspartei Amriswil gegründet. Unser Präsident Dominik Strelle r zieht beeindruckend vorwärts. Meine Esther bringt sich entscheidend mit ein. Gspänli aus der Parteileitung denken genial mit. Es ist eine Freude, sich gestützt in solch einen Wahlkampf wagen zu können.
- Die Wahl macht so oder so Sinn, um als Ortspartei Erfahrungen zu sammeln, um den Boden zuzubereiten für nächste Wahlen mit anderen Kandidatinnen, um sichtbar zu werden zugunsten der EVP.
- Einmal ist keinmal. Oft braucht es eine zweite Kandidatur, um sich durchsetzen zu können. Ich bin bereit, mich während 2 Legislaturen einzubringen.
- Nächsten Sommer könnte ich mir die neue Aufgabe gut einrichten.
- Und irgendwie wuchs systematisch der Mut, sich erneut auf solch ein Abenteuer einzulassen.

Herzlichen Dank für alle Unterstützung und Ermutigung. Solch eine Kandidatur ist etwas Besonderes.

Christin Stricker, Co-Präsident EVP Thurgau

Thurgauer Akzente

Agenda
Termine

Di. 3. November 2026, 16:00
EVP Frauenfeld, Betriebsbesichtigung Firma Glatz AG, Langfeldstr. 113, 8500 Frauenfeld, Anmeldung an: elisabeth.rickenbach@evp-thurgau.ch

Di. 3. November 2026, 19:30
EVP Frauenfeld, MV, Alterszentrum Park, Zürcherstr. 84, 8500 Frauenfeld

Sa. 7. + 21. November 2026
EVP Thurgau, Standaktionen für die Fairness-Initiative, Details auf: www.evp-thurgau.ch

Di. 10. Nov. 2026, 19:30 – 21:30
EVP Thurgau, Blickpunkt Bilaterale III Infos und Stellungnahmen, Hörsaal Berufsbildungszentrum BBZ, Schützenstrasse 11, Weinfelden

Fr. 20. November 2026, 18:30
EVP Weinfelden, Racletteabend

Fr. 4. Dezember 2026, 19:00
EVP Stadt Arbon, Fondue im Padorogg

Fr. 7. Januar 2027, 18:00
EVP Thurgau, Neujahrsempfang in Kreuzlingen

Fr. 29. Januar 2027, 19:30
EVP Stadt Arbon, Stamm im Miyamoor

JV = Jahres-, DV = Delegierten-, PV = Partei-, MV = Mitgliederversammlung

Zu allen Anlässen sind Gäste herzlich willkommen.

Weitere Informationen auf: www.evp-thurgau.ch

Spende für EVP Thurgau
Herzlichen Dank!

Wirtschaft

Wie bleibt die Schweiz im internationalen Handel erfolgreich?

Dieser Frage widmete sich der Wirtschaftsdialog der EVP Schweiz, der am 10. September am Flughafen Zürich stattfand. EVP-Nationalrat Nik Gugger, Staatssekretärin Helene Budliger (SECO) und weitere Wirtschaftsgäste diskutierten über Freihandel, Regulierung und Verantwortung.

EVP-Nationalrat **Nik Gugger** begrüsste die Teilnehmenden mit einer Einschätzung der Lage: Geopolitische Unsicherheiten und zunehmende Polarisierung fordern die Schweiz in der Zusammenarbeit mit ihren Handelspartnern und in der Aushandlung neuer Freihandelsabkommen stärker heraus. Erwähnt wurden insbesondere die veränderte Ausgangslage im Verhältnis mit den USA, die Beziehungen zur wichtigsten Handelspartnerin der Schweiz, der EU, und die Erschliessung neuer Märkte in Asien und im Mercosur-Raum.

Handelspolitik im Wandel

In ihrer Keynote gab **Staatssekretärin Helene Budliger (SECO)** Einblick in die Schweizer Handelspolitik und die Bedeutung neuer Freihandelsabkommen. Zuoberst auf der Agenda stehen die Beziehungen mit der EU; nach langjährigen Verhandlungen wird das Paket Schweiz-EU derzeit in den Kommissionen und im Parlament beraten. Mit den USA konnte eine Vereinbarung mit Zöllen von 15% ausgehandelt werden. Als weiteren Punkt auf der Liste erwähnte die Staatssekretärin die Modernisierung des Abkommens mit China.

Foto: Jael Jost

EVP-Nationalrat Nik Gugger spricht über die geopolitischen Unsicherheiten und die zunehmende Polarisierung, welche die Schweiz herausfordern.

Perspektiven aus der Praxis bei der Podiumsdiskussion

Lukas Brosi, CEO der Flughafen Zürich AG, erläuterte in einem Kurzreferat die volkswirtschaftliche Bedeutung des Flughafens und sein Auslandgeschäft. Bei der anschliessenden Podiumsdiskussion plädierte er für mehr Dialog zwischen Wirtschaft und Politik und für weniger innerschweizerische Regulierung. International tätige Unternehmen müssten ohnehin schon viele Vorgaben erfüllen. **Santosh Ritter,** VISA-Länderverantwortlicher für die Schweiz, sprach sich für eine sinnvolle Regulierung aus: Ohne funktionierenden internationalen Zahlungsverkehr gebe es keinen Freihandel. **Claudio Minder,** CEO von Kybun Joya Schuhe, erläuterte, was aus seiner Sicht Schweizer Qualität ausmacht und den Produktionsstandort Schweiz vom Ausland unterscheidet. Die Gäste diskutierten zudem über das Verhältnis von Politik und Unternehmertum, die Herausforderungen, mit denen KMU konfrontiert sind, und die Frage, wie Unternehmen ihre soziale Verantwortung wahrnehmen können.

Die Haltung der EVP

Gastgeber und EVP-Nationalrat Nik Gugger hat mit seiner verbindenden und hoffnungsvollen Art in den vergangenen Jahren verschiedene Freihandelsabkommen begleitet, insbesondere jenes mit Indien, und damit wichtige Brücken zwischen Kulturen und Interessen gebaut. Für die EVP ist klar: Die Schweiz braucht gute Handelsbeziehungen im In- und Ausland. Dafür braucht es den Dialog zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik und eine Wirtschaftspolitik, die wirtschaftliche Interessen und soziale Verantwortung zusammenbringt. Freier Handel soll auf allen Seiten Perspektiven und Hoffnung schaffen.

Hinter den Kulissen des Flughafens

Im zweiten Teil der Veranstaltung erhielten die Teilnehmenden bei einer Rundfahrt einen eindrücklichen Blick hinter die Kulissen des Flughafens Zürich. Dieser besteht nicht nur aus Terminals und Landepisten, sondern auch aus Wartungshallen, Postverteilzentren, einem Naturschutzgebiet und vielem mehr – ein spannender Ort, um über internationale Verbindungen nicht nur zu sprechen, sondern diese konkret zu erleben.

jael.jost@evppev.ch